Prävention als Leitbild für **Gesundheitspolitik**

KZBV-Vertreterversammlung. Erstmals nach jahrelanger Sanierung tagte die 60-köpfige Vertreterversammlung (VV) der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung KZBV) wieder am Stammsitz, dem Zahnärztehaus in Köln. Dies wurde von den Delegierten als ebenso positiv wahrgenommen wie der Blick nach vorn, den der KZBV-Vorstandsvorsitzende Martin Hendges in Richtung der neuen Bundesregierung wagte.

Autorin: Sabine Schmitt

Der von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken angekündigte Dialog mit der Selbstverwaltung wird als positives Signal nach der Ära Lauterbach gewertet. Hendges hob den Erfolgsweg der Prävention hervor und appellierte, diesen konsequent weiterzugehen und Prävention „zum Leitbild allen gesundheitspolitischen Handelns zu machen". Prävention koste zunächst Geld, zahle sich aber auf längere Sicht aus. Dies habe die Zahnärzteschaft vorgemacht. „Die Regierungsparteien müssen ihre Ankündigung, dass der Prävention eine zentrale Rolle bei der zukünftigen Ausgestaltung unseres Gesundheitssystems zukommen soll, nun mit Leben füllen. Hierzu zählt unbedingt, die präventionsorientierte Parodontitistherapie als Früherkennungs- und Vorsorgeleistung gesetzlich zu verankern und eine vollumfängliche Vergütung zu gewährleisten", sagte Hendges.

Zukunftsfeste Strukturen

Zu einem leistungsfähigen Gesundheitssystem gehöre auch, die zahnärztlichen Versorgungsstrukturen zukunftsfest zu machen. Dazu müsse es gelingen, das Netz der freiberuflichen Praxen nachhaltig zu stärken. Jetzt müssten „Rezepte für die Genesung des Gesundheitssystems" gefunden werden, machte der KZBV-Chef deutlich. Denn: „Kostendämpfung nach dem Rasenmäherprinzip ist nicht zielführend." Er sei zuversichtlich, dass mit der neuen Ministerin darüber gut zu reden sei.



Die 60 Delegierten der Vertreterversammlung tagten erstmals im frisch sanierten Zahnärztehaus in Köln.

Hendges bezog auch noch einmal klar Position zu einer Ausgliederung vertragszahnärztlicher Leistungen aus der GKV: Eine Ausgliederung würde die Zahnmedizin bagatellisieren, die Versorgung erheblich gefährden und zu einem enormen Rückgang der Inanspruchnahme zahnärztlicher Leistungen führen. Für ein leistungsfähiges Gesundheitssystem brauche es politischen Gestaltungswillen für niederlassungsfreundliche Rahmenbedingungen zur Stärkung inhabergeführter Praxen.

Aktualisierung der IT-Sicherheitsrichtlinie

Mit Blick auf neue Bedrohungslagen im Internet und einem verstärkten Fokus auf die Cybersicherheit verabschiedete die VV eine Anpassung der IT-Sicherheitsrichtlinie. So sollen klare Vorgaben dabei helfen, Patientendaten noch sicherer zu verwalten und Risiken wie Datenverlust oder Betriebsausfall zu minimieren. Erstmals sind verpflichtende Maßnahmen zur Schulung und Sensibilisierung des Praxispersonals in Bezug auf die IT-Sicherheit vorgesehen und unter dem Stichwort „Awareness“ subsummiert. Der stellvertretende KZBV-Vorsitzende Dr. Karl-Georg Pochhammer sagte: „Die neue IT-Sicherheitsrichtlinie ist ein Kompromiss aus dem, was für die Praxen darstellbar und von außen als Sicherheitsniveau gefordert ist.“



© KZBV/Darchinger

Meike Gorski-Goebel wird neue KZBV-Vize

Mit einer sehr großen Mehrheit wählte die VV die bisherige stellvertretende Versammlungsleiterin der KZBV, die Juristin Meike Gorski-Goebel (Foto 2. v. r.), zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden der KZBV. Gorski-Goebel, die bisher auch stellvertretende KZV-Vorsitzende in Sachsen ist, wechselt damit ab Oktober vom Land in den Bund. Sie tritt die Nachfolge von Dr. Ute Maier an, die auf eigenen Wunsch von der Position der stellvertretenden KZBV-Vorsitzenden zurückgetreten ist. Die designierte KZBV-Vizechefin bedankte sich für das starke Votum, mit dem ihr die KZBV-Vertreter großes Vertrauen ausgesprochen hätten. ■

ANZEIGE

